

Das Wiedererwachen der Volksbewegungen

In seinem Interview, das wir im letzten *¡fijáte!* an dieser Stelle veröffentlichten, sagte Raúl Molina, dass "die Oppositionsparteien eigene Probleme haben und dass es keine politische Kraft gibt, die der Regierungspartei FRG (Republikanische Front Guatemalas) die Stirn bietet". Eine pessimistische Einschätzung - und trotzdem, es gibt eine ganze Reihe Organisationen oder Bewegungen, die ihren Protest gegen die Regierung auf verschiedenste Weise ausdrücken. Der folgende Artikel basiert auf einer Analyse, die im *Reporte Diario* vom 28. September des IPES (Institut für politische, ökonomische und soziale Studien) erschien und versucht, die Entwicklung der Volksbewegung seit der Friedensunterzeichnung aufzuzeigen.

Bald vier Jahre sind vergangen, seit der Unterzeichnung der Friedensverträge am 26. Dezember 1996. Ein Datum, das als historisch in die Geschichte Guatemalas eingegangen ist und eine neue politische Ära einleitete. Wir wissen alle, dass Daten wichtig sind für die offizielle Geschichtsschreibung, dass aber die Realität oftmals viel komplexer ist, geprägt von einer Vielzahl von Menschen, Gruppen und sozialen Schichten, die zusammen eine Gesellschaft bilden, darin jedoch ihre persönlichen Interessen und spezifischen Ziele verfolgen und mit unterschiedlichen Formen durchzusetzen versuchen.

In diesem Sinne kann gesagt werden, dass der Prozess, der als neue politische Ära bezeichnet wird, bereits mit den ersten Verhandlungen zwischen den in den internen Konflikt verwickelten Parteien begonnen hat.

Nach dem 26. Dezember 1996 begann für die sozialen Bewegungen eine neue Etappe des Kampfes und entsprechend veränderten sich ihre Ausdrucksformen. Es ging nicht mehr darum, das Ende des Krieges zu fordern und auch nicht mehr darum, Vorschläge für die Ausarbeitung der Friedensabkommen zu erarbeiten. Die sozialen Bewegungen konzentrierten sich wieder auf die spezifischen Forderungen ihrer jeweiligen Basis, als gemeinsame Forderung hatten sie einzig noch die Einhaltung der Friedensabkommen.

Etwa zwei Jahre nach Unterzeichnung der Friedensabkommen begann sich die Situation zu ändern. Erste Enttäuschungen der sozialen Bewegungen über die Regierungspolitik kamen zum Ausdruck und die Umsetzung der Abkommen kam ins Stocken:

Die Einführung einer neoliberalen Politik gegen die Staatsangestellten und ihre Gewerkschaften, sowie eine ähnliche Entwicklung in der Privatwirtschaft, wobei Zehntausende von Angestellten zur 'freiwilligen Kündigung' gezwungen wurden, gingen einher mit der Blindheit des Arbeitsministers gegenüber allen Verletzungen des Arbeitsrechts.

Die Bestrebungen der BäuerInnen-Bewegung, ihre Kampfstrategie zu ändern und in den durch die Friedensabkommen zur Lösung der Landfrage geschaffenen Instanzen teilzunehmen, erwiesen sich als eine Sackgasse.

Die zivile und legale Wiedereingliederung der ehemaligen KämpferInnen der URNG verlief extrem langsam und ist bis heute noch nicht beendet. Dazu kam, dass nur externe finanzielle Unterstützung bekam, wer nicht irgendwie mit der

URNG in Verbindung stand und ausschliesslich Projekte unterstützt wurden, die nicht eine linke Ideologie verfolgten bzw. möglichst unpolitisch waren.

Gleichzeitig wurde ein Klima geschaffen, in dem sich rechte und ultrarechte Kräfte entwickeln und stärken konnten, wie z. B. die FRG, die *Liga pro Patria*, und die fundamentalistischen evangelischen Sekten. Zivile rechte Gruppierungen kontrollieren seit Beginn den Verlauf der Friedensverhandlungen, was sich 1996 in der Regierungsübernahme durch die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) ausdrückte. Der Regierungsstil der PAN, die Privatisierungen und die darauffolgenden Erhöhungen der Preise von Dienstleistungen und Grundnahrungsmitteln, das Anwachsen der internen und externen Schuld sowie der populistische Diskurs ihres Präsidentschaftskandidaten, der die PAN und alle andern politischen GegnerInnen kritisierte, verhalfen der FRG 1999 zum Wahlsieg.

Mit der Übernahme der Regierung durch die FRG, die auch im Kongress die Mehrheit hat und eine grosse Zahl der Gemeinden regiert, wurde die PAN und ihre Basis im wahrsten Sinne des Wortes 'nach Hause geschickt' - viele ihrer Mitglieder arbeiten heute im informellen Sektor, viele von ihnen wandten sich der Ultrarechten zu. Gleichzeitig gewannen aber auch die sozialen Bewegungen an Stärke und Unterstützung aus dieser Gruppe.

Das politische Szenario hat sich verkompliziert durch den wachsenden Druck aus der guatemalteckischen Gesellschaft, die den wirtschaftlichen Stürmen nicht mehr gewachsen ist, durch die immer mehr Leute aus der Mittelklasse in die Armut gedrängt werden.

Die Analyse wäre nicht vollständig ohne einen Blick auf die Position der *Allianz Neue Nation* (ANN) zu werfen. Die beiden Parteien URNG und DIA, die in erster Linie die ANN ausmachen, haben es nicht geschafft, als einheitliche Kraft aufzutreten. Ebenso wenig gelingt es ihnen, taktische politische Allianzen mit anderen Kräften einzugehen. Sie sind hauptsächlich damit beschäftigt, ihre Strukturen aufzubauen und ihre Zukunft als politische Parteien zu definieren. Die URNG hat eine wichtige Rolle in der Begleitkommission der Friedensabkommen inne. Auch die Unterzeichnung des Finanzabkommens wird von der URNG als eine ihrer Initiativen verbucht. Durch die Abspaltung

der *Unionistas* von der PAN ist die ANN zur zweitstärksten Kongresspartei geworden, was ihre Verpflichtungen der guatemalteckischen Gesellschaft gegenüber erhöht. Doch diese Verpflichtungen und die vermeintliche Macht, die die ANN über gewisse Sektoren der guatemalteckischen Gesellschaft hat, muss genauer angeschaut werden:

Im Moment konzentrieren sich die Aktivitäten der ANN mehrheitlich auf ihre Vertretung in der Legislative, wo die Machtverteilung für sie ungünstig liegt. Um so wichtiger ist, dass die Aktivitäten im Kongress begleitet werden von Protesten auf der Strasse, die Ausdruck einer neuen Form von pluralistischer, demokratischer Organisation sind. Die ANN im Allgemeinen und die URNG im Speziellen haben Erfahrung darin, Bewegungen zu leiten, die soziale Gerechtigkeit fordern.

Heute kann man klar sagen, dass die sozialen Bewegungen einen Aufwärtstrend erleben, langsam zwar und mit unterschiedlichen Ausdrucksformen, aber nicht geleitet oder manipuliert von einer bestimmten politischen Kraft:

Ein Beispiel dafür waren die massiven Proteste gegen die Fahrpreiserhöhung des öffentlichen Transports in der Hauptstadt im Mai dieses Jahres. Breite Sektoren haben diese Demonstrationen unterstützt.

Oder die Proteste der StrassenhändlerInnen, die Ende Mai erreichten, dass ein Gesetzesvorschlag, der ein sehr hartes Vorgehen gegen den informellen Sek-

tor vorsah, nicht verabschiedet wurde. (Leider legte Präsident Portillo sein Veto gegen das ausgehandelte Gesetz ein und es erlitt doch noch eine Verschärfung.)

Oder die jüngsten Demonstrationen gegen die Fälschung des Alkoholgesetzes, die jeweils am Dienstag vor dem Kongress stattfinden.

Oder der Hungerstreik der ElendsviertelbewohnerInnen (FREPOGUA), der seit dem 22. September im Gange ist und breit unterstützt wird. (siehe Artikel in diesem ¡fijáte!)

Oder der Barrikadenbau im Stadtteil *El Limón*, wo die städtischen Wasserwerke EMPAGUA seit drei Monaten das Wasser abgestellt haben.

Oder der Hungerstreik von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern zur Unterstützung eines Lehrers, der in Jutiapa unrechtmässig entlassen wurde.

Oder das Verkehrschaos, das auf der Pazifikstrasse entstand, als eine Gruppe von 300 Familien die Strasse blockierte, alles sog. 'Mitch-Opfer', die immer noch keinen definitiven neuen Wohnort zugeteilt bekommen haben und erneut von einer Räumung bedroht sind.

Oder die BäuerInnen-Bewegung, die vermehrt zu sog. *medidas de hecho* greift und für den 12. Oktober zu einer landesweiten Demonstration aufruft.

Oder, oder, oder... Sie sind unzählige, die kleineren und grösseren Unmutsbekundungen der Bevölkerung, nicht nur in der Hauptstadt, sondern vermehrt auch in den Departementen und Provinzen.

Tatsache ist aber, dass viele dieser Aktionen relativ kurzlebig sind und keine längerfristigen Auswirkungen haben. Die Demonstrationen im Zusammenhang mit der Transport-Preiserhöhung, z.B. schafften es zwar beinahe, eine Staatskrise auszulösen, doch wurde trotz der Einsetzung einer speziellen Kommission bisher keine Lösung gefunden. Ein erneuter Druck von der Strasse zu diesem Thema blieb bisher aus.

Tatsache ist auch, dass die URNG bzw. die ANN erst jetzt langsam beginnen, zu Aktionen aus den sozialen Bewegungen Stellung zu beziehen, diese unterstützen und im Kongress entsprechend Position beziehen. Wünschenswert wäre sicher, wenn die beiden Aktionsebenen, die Strasse und die Legislative, besser koordiniert würden.

Die aufgezählten Protestformen sind Beispiele für das Erwachen der guatemalteckischen Bevölkerung. So wie sich die politische Situation entwickelt, kann damit gerechnet werden, dass die Proteste der Bevölkerung gegen ihre Regierung weiterhin zunehmen.

Was sich aber jetzt schon abzeichnet, ist, dass die Regierung nicht fähig ist, mit solchen Demonstrationen umzugehen. Dialogversuche scheitern meistens, vielmehr reagieren gewissen Gruppen mit Methoden der achtziger Jahre: Überfälle auf Menschenrechtsorganisationen, Todesdrohungen und Einschüchterungsversuche und - als letztes Mittel die aussergerichtliche Hinrichtung nehmen in letzter Zeit massiv zu.

Aufhören mit Manipulierungen und Verantwortungslosigkeit!

Guatemala, 6. Sept. Ausschnitt aus einer politischen Erklärung der Allianz Neue Nation (ANN):

Wir lehnen ab und verurteilen die Vorgehensweise der FRG-Führung im Parlament, insbesondere des FRG-Generalsekretärs und Parlamentspräsidenten, General Efraín Ríos Montt, welche nicht nur das Gesetz verletzt haben, indem sie die bereits vom Parlamentsplenium beschlossene Verordnung Nr. 43-2000 (Verordnung über alkoholische und vergärrte Getränke) geändert haben, sondern in der Folge weitere Gesetzesbrüche begingen als sie einen inexistenten, sogenannten «Revisionsausschuß» erfanden und andere Beweise vernichten ließen.

Sie haben bis jetzt versucht, ihre rechtliche Verantwortung zu umgehen, indem sie zu fragwürdigen Mitteln greifen. In einer verantwortungslosen Weise sind sie kurz davor, eine institutionelle Krise zu verursachen, die die Staats-

gewalten gegeneinander ausspielt und delegitimiert.

Dieses für hohe politische Amtsinhaber des Landes unwürdige Benehmen hat den ohnehin schwachen Rechtsstaat weiterhin in Verruf gebracht, den Demokratisierungsprozeß verletzt und allgemeine Ablehnung seitens der Bevölkerung hervorgerufen.

Der einzige Ausweg aus diesem, von ihnen selbst verursachten Problem besteht darin, dem Rechtssystem und seinen Normen strikt zu folgen. **Für diese Angelegenheit gibt es keine ausgehandelten, politischen Lösungen;** es ist ein Rechtsproblem und als solches muß es behandelt werden.

Die Regierungspartei muß sofort aufhören, auf die Ermittler der Justiz Druck auszuüben oder sie in ihrer Arbeit zu behindern. Sie muß unter Berücksichtigung des Gleichheitsprinzips ihre Situation vor Gericht aufklären und nur dieses darf über Schuld oder Unschuld urteilen. Jede andere Vorgehensweise er-

höht nicht nur die Verdachtsmomente und Unglaubwürdigkeit, die auf ihr lasten, sondern gefährdet bewußt die Institutionalität des Landes.

Der Staat hat die Verpflichtung, die Sicherheit und freie Ausübung der Menschenrechte der Bevölkerung zu garantieren. Aufgrund dessen fordern wir eine klare Stellungnahme der Regierung und ein konsequentes Handeln, um weitere ähnliche Taten zu verhindern und um die geschehenen Verbrechen zu untersuchen, aufzuklären und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

Wir rufen die gesamte Bevölkerung dazu auf, sich gegen diese Taten, die hier angezeigt werden, zu äußern und von der Regierung die Einhaltung des Gesetzes und der Demokratie einzufordern.

Die ANN und ihre Parlamentsfraktion wiederholen ihre Verpflichtung, wachsam über die Anwendung des Gesetzes seitens der Staatsanwaltschaft, Gerichte und des Obersten Gerichtshofes zu bleiben.

Protest gegen Regierung geht weiter

Guatemala, 7. Oktober. Zum vierten Mal haben am Dienstag, 3. Oktober, rund 500 Personen vor dem Kongress ihre Unterstützung für General Ríos Montt und weitere FRG-Abgeordnete manifestiert, die beschuldigt werden, ein Gesetz über die Alkoholsteuer gefälscht zu haben. Es scheint, dass der FRG ziemlich effizient ist im Organisieren von DemonstrantInnen: Bereits vor einer Woche befanden sich in der Gruppe, die Ríos Montt unterstützte, vorwiegend Angestellte der Gemeinde von Chiquimula, die unter Kündigungsdrohungen dazu gezwungen wurden, an dieser Demonstration teilzunehmen. Laut *Prensa Libre* waren es diesmal Angestellte des Strassenbaumministeriums, die von ihren Vorgesetzten zur Teilnahme an der Unterstützungsbekundung für Ríos Montt gezwungen wurden.

Ihnen gegenüber, im Abstand von fünf Metern und getrennt durch einen Polizeikordon, standen rund 200 VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen, die den Rücktritt der beschuldigten Kongressmitglieder forderten, den Verzicht auf eine nur Regierungsmitgliedern vorbehaltene Voruntersuchung und die Unterstellung unter ein 'normales' Gericht.

Während der Kundgebung kam es zu einem Zwischenfall, der vermutlich von Ríos Montt-AnhängerInnen provoziert wurde. Die Sekretärin einer nahegelegenen Knabenschule berichtete, dass bewaffnete Männer gewaltsam in

die Schule eindringen unter dem Vorwand, darin hielten sich "Guerilleros" versteckt.

In einem am 27. September veröffentlichten, bezahlten Zeitungsinserat, versicherten Mitglieder der aufgelösten Zivilpatrouillen (PAC) Ríos Montt ihre volle Unterstützung, den sie als "Vertreter des Denkens und Fühlens des grössten Teils der guatemalteckischen Bevölkerung" und als "Opfer maquiavellistischer Manöver" bezeichneten. Gezeichnet war das Dokument von 40'000 ehemaligen Zivilpatrouillisten und BäuerInnen, die im Grenzgebiet zu Belize leben. In ihrem Inserat riefen die Ex-Patrouillisten die Führer und AnhängerInnen der FRG auf, die Reihen zu schliessen und ein gemeinsame Front zu bilden, die es "unseren obersten Führern erlaubt, in Sicherheit, Wohlstand und Gerechtigkeit zu regieren".

Einen Tag später gab Regierungsminister Byron Barrientos die Existenz von "destabilisierenden Gruppen" bekannt, deren Ziel es sei, das Land in ein Chaos zu stürzen. Auch die Attentate gegen Nichtregierungsorganisationen wies er diesen "Gruppierungen" zu. Er wisse von einem Plan zur Destabilisierung der Regierung, ging aber nicht näher darauf ein, wer diese Gruppen sind und wie die Regierung dagegen vorzugehen gedenkt.

Der Vizepräsident des Kongresses, Leonel Soto Arango, ging noch weiter als Barrientos und brachte die von diesem ins Spiel gebrachten "destabilisierenden Gruppen" in direkten Zusammenhang mit den Menschenrechtsorganisationen, die jeweils am Dienstag vor dem Kongress demonstrieren. Diese Information habe er von Regierungsminister Barrientos und Polizeichef Leosan Merida, erklärte er. Weiter verurteilte Soto Arango die Proteste vor dem Kongress als illegal und forderte die Intervention der Regierung. "Diejenigen, die wirklich Frieden wollen, sind jene, die Ríos Montt unterstützen", erklärte er.

Für Frank LaRue vom Menschenrechtszentrum CALDH ist der Kommentar Barrientos Teil eines ausgeklügelten Plans. "Unsererseits wissen wir von einem Plan der Regierung, den Belagerungszustand auszurufen und dazu sind die Delinquenz und die Attacken gegen die Volksorganisationen ein geeigneter Vorwand.", erklärte LaRue.

Auch Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), wies die Beschuldigungen Soto Arangos zurück. Die FRG suche Gründe, um die Aufhebung der verfassungsmässigen Garan-

tien zu rechtfertigen und das Recht auf freie Meinungsäusserung und auf Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Auch die *Koordination der Nichtregierungsorganisationen und Kooperativen* (CONGCOOP), der ehemalige Präsidentschaftskandidat der ANN, Alvaro Colom und die Abgeordnete der *Unionistas*, Anabella de León, kritisierten die unkonkrete Äusserung Barrientos und forderten ihn auf, Beweise für seine Anschuldigungen vorzulegen.

In einer Presseerklärung vom 2. Oktober machten die in der *BürgerInnenbewegung für Gerechtigkeit und Demokratie* zusammengeschlossenen 15 Menschenrechtsorganisationen Regierungsminister Barrientos für mögliche gewalttätige Auseinandersetzungen bei den "Dienstagsdemonstrationen" und für Anschläge auf VertreterInnen ihrer Organisationen verantwortlich. Sie bezeichneten die Aussagen von Barrientos und Soto Arango als Teil eines psychologischen Kriegs gegen ihre Organisationen, dessen Ziel es sei, sie einzuschüchtern und die Anschläge gegen sie zu rechtfertigen.

Worauf Byron Barrientos seine Aussage relativierte und noch einmal betonte, dass er zwar von "destabilisierenden Gruppen" gesprochen habe, diese jedoch nie in Zusammenhang mit den Menschenrechtsorganisationen gebracht habe. Er habe sich vielmehr auf die *Maras* (Banden) bezogen, erklärte er und präsentierte ein anonymes Schreiben, das er am 25. September bekommen hatte, in dem es wörtlich hiess: "Man muss die Untersuchungen verstärken und Razzien machen bei den *Maras*, die ihre Dienste anbieten, um sich unter die Demonstrierenden zu mischen und zu provozieren."

Doch die Stimmung war genug geschürt: Am 7. Oktober wurde auf Ricardo Lobo, Führungspersönlichkeit der sozialen Bewegung und Mitinitiator der 'Dienstagsproteste', ein Attentat verübt.

Der Auslöser, der zu diesem ganzen Aufruhr geführt hatte, nämlich die Fälschung des Alkoholgesetzes, ist für den Moment aus den Nachrichten verschwunden, was ja wohl auch das Ziel der Aktion war. Einzig der Präsident des *Obersten Gerichtshofs* (CSJ), gab bekannt, dass er weitere fünf Tag brauche, um herauszufinden ob der Einspruch gegen Augusto López Rodas, (der die Untersuchung gegen die 22 FRG-Abgeordneten leiten sollte), wegen Verwandtschaftlichkeit mit dem PAN-Generalsekretär Leonel López Rodas, gerechtfertigt ist.

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Mitglieder von FREPOGUA im Hungerstreik

Guatemala, 8. Oktober. Sechs Personen, Mitglieder des *Zusammenschlusses der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) begannen am 25. September vor dem Sitz von MINUGUA in der Hauptstadt einen Hungerstreik.

FREPOGUA protestiert mit dem Hungerstreik gegen die Wohnungsknappheit, gegen die von der Regierung angeordneten gewaltsamen Räumungen und für die Einhaltung der Friedensabkommen zum Thema Landbesitz, erklärte William Mazariego, Vertreter von FREPOGUA und selber im Hungerstreik.

Weiter fordern die Streikenden eine angemessene Überwachung des *Guatemaltekischen Wohnungsfonds* (FOGUAVI), jedoch ohne Korruption, wie es in der bisherigen Regierungszeit der FRG der Fall war.

Eine bevorzugte Behandlung und juristischen Schutz aller Familien, die während des Hurrikans Mitch ihre Häuser verloren, und derjenigen Familien, die seit Jahren entlang der stillgelegten Bahnlinie wohnen, ist eine weitere Forderung. Weitere Forderungen betreffen aktuelle oder strukturelle Wohn- und Landprobleme.

Am 27. September wurde der Streik vor das Regierungsgebäude verlegt, wo sich 25 weitere Personen anschlossen. Dort wurden sie von Vizepräsident Juan Francisco Reyes López besucht, der erklärte, er wisse nicht, was das Motiv dieses Streiks sei, eine Aussage, die Mazariego als "lächerlich" bezeichnete.

Die Bewegung fand sehr schnell Unterstützung und es fanden an verschiedenen Orten gleichzeitig Solidaritätskundgebungen statt, z.B. vor dem Hotel, wo der dritte Gipfel der Präsidenten Zentralamerikas, der Dominikanischen Republik und Canadas stattfand, ebenso vor dem Verfassungsgericht und vor dem Kongress.

Die URNG, die Stiftung Guillermo Toriello, die *Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte in Zentralamerika* (CODEHUCA) und andere solidarisierten sich in Presseerklärungen mit den Hungerstreikenden.

Anlässlich des 'Tags des Kindes' überreichten am 2. Oktober die Kinder der FREPOGUA-Mitglieder dem Präsidenten, Alfonso Portillo ein Bittschreiben, er solle auf die Forderungen ihrer Eltern eingehen, die seit bereits acht Tagen im Hungerstreik sind. Kurz darauf informierte der Generalsekretär der Organisation, Miguel Quiej, den Kinder sei vom *Sekretariat für spezielle Belange* des Präsidenten gedroht worden, aus der Schule geworfen zu werden, womit das Problem auch nicht gelöst sei, son-

dern sich im Gegenteil noch zuspitze.

Eine Frau, die vom Ort, wo sie wohnte, polizeilich geräumt wurde und die sich den Hungerstreikenden angeschlossen hatte, gebar am 2. Oktober ein Kind und gesellte sich wenige Stunden später mit ihrem Neugeborenen Namens Fidel Ernesto wieder zu den Protestierenden.

Am frühen Morgen des 3. Oktobers fuhr eine Gruppe schwerbewaffneter Männer mehrere Male an den Streikenden, am nahegelegenen Polizeiposten und am Gebäude des *Präsidentialen Generalstabs* (EMP) vorbei, bevor sie in unmittelbarer Nähe der Protestierenden mehrere Male in die Luft schossen. Die Polizei erschien erst fünfzehn Minuten nachdem die Schützen den Tatort verlassen hatten.

Am selben Tag wurde bekannt, dass der 28-jährige Sohn einer der streikenden Frauen seit dem 18. September von unbekanntem Männern entführt worden war. Der Entführte trug ein Mobiltelefon bei sich, von dem aus die Entführer die Mutter anriefen und ihr schilderten, mit welchen Methoden ihr Sohn gefoltert würde. Seither haben sie sich

nicht mehr gemeldet und auch kein Lösegeld gefordert, woraus die Mitglieder von FREPOGUA schliessen, dass es sich um einen reinen Einschüchterungsversuch handelt, mit dem Ziel, die Bewegung zu verunsichern.

Am 5. Oktober solidarisierte sich auch der Kongress mit den sich im Hungerstreik befindenden Mitglieder und SympathisantInnen von FREPOGUA. Sie forderten von den zuständigen Behörden, das Problem der Betroffenen prioritär zu behandeln und eine effiziente Wohnpolitik einzuführen, die allen EinwohnerInnen des Landes eine würdevolle Unterkunft garantiere.

Auch die *Nationale Instanz für Wohnungsbau*, der die Versammlung der entwurzelten Bevölkerung (ACPD), der Rat der Vertriebenen Guatemalas (CONDEG), die Stiftung Guillermo Toriello, die FREPOGUA selber sowie weitere 37 Organisationen angehören, forderte von der Regierung den sofortigen Stopp aller Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen die betroffene Bevölkerung und das Ende der Räumungspolitik der Regierung, der mehr als 30'000 Personen ausgesetzt sind.

Ein neuer Geheimdienst

Guatemala, 8. Oktober. Mit einem Regierungsdekret vom 2. September, das am 26. September in Kraft trat, wurde ein neuer Geheimdienst geschaffen, der dem Innenminister unterstellt ist. Das *Departement für zivilen Geheimdienst und Analyse* (DICA) hat die Aufgabe, Informationen über das organisierte Verbrechen, die Kriminalität und die innere Sicherheit zu analysieren und an den Innenminister, im aktuellen Fall Byron Barrientos, weiterzuleiten, womit dieser zu

einem der mächtigsten Männer des Landes gemacht wird.

Unklar ist, in welcher Beziehung dieser neue Geheimdienst zum von Edgar Gutiérrez geleiteten *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE) steht. Obwohl es die Aufgabe der SAE sein wird, das DICA aufzubauen, sieht alles danach aus, dass das neue Departement eine Konkurrenz der SAE ist und zum Ziel hat, Gutiérrez vor Präsident Portillo zu diskreditieren.

Erste Zeugenaussagen gegen Ríos Montt in Spanien

Guatemala, 30. Sept. Während Ríos Montt in Guatemala noch Immunität und Straffreiheit genießt, werden in Spanien Vorbereitungen getroffen, um ihn (und andere ehemalige Militärs) wegen Völkermordes zu verurteilen.

In der von Rigoberta Menchú beim Obersten Spanischen Gerichtshof eingereichten Klage wurden vom zuständigen Richter, Guillermo Ruiz Polanco die ersten beiden von Menchú vorgeschlagenen Zeugen vorgeladen.

Es handelt sich dabei um Alfredo

Balsells Tojo und Carlos Bernstein, beides ehemalige Mitglieder der *Wahrheitskommission* (CEH). Sie sind für den 16. Oktober vorgeladen mit dem Ziel, die Wissenschaftlichkeit der im Bericht der Wahrheitskommission aufgeführten Informationen über den Völkermord in Guatemala zu bestätigen.

Die Stiftung Rigoberta Menchú gab bekannt, dass sie sich wegen der aktuellen Situation, die in Guatemala herrscht, grösste Sorge um die Sicherheit der beiden Zeugen macht.

"Hecho en Guatemala"

Guatemala, 3. Oktober. Seit dem NAFTA-Freihandelsabkommen haben die zentralamerikanischen und karibischen Produkte an Attraktion verloren, da ihre schlechten Zollbedingungen in die Vereinigten Staaten sie längerfristig nicht wettbewerbsfähig hielten. Nach dem Hurrikan Mitch und unter dem Namen "Wiederaufbauhilfe" verabschiedete der nordamerikanische Senat im Mai dieses Jahres die sog. NAFTA-Parität für Zentralamerika und nahm verschiedene Staaten in die 1994 gegründete *Karibikbeckeninitiative* (ICC) auf.

Nachdem schon im September Gerüchte kursierten, dass auch Guatemala, nun, nach der Verabschiedung des Patentgesetzes, zu den 'ICC-Begünstigten' gehören sollten, wurde diese Meldung am 3. Oktober von der nordamerikanischen Handelskammer bestätigt und von den guatemalteckischen UnternehmerInnen bejubelt. Die *Vereinigung der*

Exporteure nicht-traditioneller Produkte (AGEXPRONT) spricht bereits von der Schaffung von 15'000 neuen Arbeitsplätzen im ersten Jahr der Inkraftsetzung des Abkommens.

Doch was beinhaltet dieses neue Zollabkommen?

Die Vereinigten Staaten gestatten pro Jahr den Import (unter völliger Zollbefreiung) von 250 Millionen Quadratmeter Stoff, sofern dieser Stoff in den jeweiligen Ländern hergestellt, der verwendete Faden jedoch US-amerikanischer Herkunft ist. Ebenso soll der Import einer einmaligen Anzahl von 4.2 Millionen T-Shirt, sowie eines bestimmten Typs Büstenhalter erlaubt sein, der jedoch aus 75 % US-amerikanischem Faden hergestellt sein muss. Ausserdem sollen Handarbeiten und Kunsthandwerk von Zöllen befreit sein.

Von den 250 Millionen Quadratmetern Stoff darf Honduras 25%, El Salva-

dor 21% und Guatemala 19% (48 Millionen Quadratmeter) und die Dominikanische Republik 18% liefern. Der Rest wird unter Haiti, Costa Rica, Nicaragua und Panama verteilt.

Selbstverständlich knüpfen die Vereinigten Staaten die Aufnahme in die Karibikinitiative an einige Bedingungen. Eine davon ist die Einhaltung der internationalen Arbeitsrechte. Die USA droht damit, in einem Jahr in allen Ländern (ausser Costa Rica) eine diesbezügliche Kontrolle durchzuführen. Weiter verlangen die Vereinigten Staaten, die Richtlinien der WTO zu verfolgen.

Und zu guter Letzt, und das ist wohl der grosse Hacken an der Sache, werden die begünstigten Staaten dazu aufgefordert, den us-amerikanischen Kampf gegen Korruption und Drogenhandel (also die US-Militarisierung) zu unterstützen und die internationalen Patentrechte einzuhalten.

Wieder Überfälle auf Volksorganisationen

Guatemala, 6. Oktober. In den Morgenstunden des 2. Oktober wurde das Büro der *StudentInnenvereinigung* (AEU) der Universität San Carlos (USAC) von unbekanntenen Personen überfallen. Gestohlen wurde ein Computer mit Zubehör, auf dessen Harddisk Informationen über die Arbeit der Organisation sowie über Fälle ermordeter StudentInnen gespeichert waren.

Wenige Stunden später wurde auf dem Parkplatz vor der *Stiftung für gerichtsmmedizinische Antropologie*

(FAFG) ein Fahrzeug gestohlen. Die Arbeit der FAFG besteht in der Exhumierung von Massengräber aus der Zeit der bewaffneten Konflikte. Das Fahrzeug wurde der Stiftung von der niederländischen Botschaft geschenkt, sein Diebstahl hat zur Folge, dass die FAFG einen der vier Fälle, die sie zur Zeit bearbeitet, nicht weiterverfolgen kann.

Am 6. Oktober gab die Polizei die Verhaftung der Verantwortlichen für den Überfall auf das Büro der *Vereinigung Familienangehöriger von Verschwun-*

denen (FAMDEGUA) bekannt. Die Polizei soll bei ihnen zwei Pistolen gefunden haben, sowie Material, das am 4. September bei FAMDEGUA gestohlen wurde. Die beiden Männer wurden offenbar eher 'zufällig' verhaftet, sie sollen einer Bande angehören, die bei einem Einbruch in ein Haus in der Zone 1 der Hauptstadt gestellt wurde. Drei weitere Männer seien bei der Aktion verhaftet, einer schwer verletzt und einer getötet worden, informierte der Polizeidirektor, Rudio Leccan Merida.

Machtlos gegenüber illegalem Holzschlag im Petén

San Andrés, Petén, 30. Sept. Der Gouverneur von Petén, Adán Regalado, meldete die illegale Abholzung von rund 450 ha Wald in der Zone Paxbán, San Andrés, Petén. Dieses Gebiet gehört zur Schutzzone *Biosfera Maya*. Regalado informierte, er habe selber das Gebiet überflogen, es würden dort mindestens 3000 Stämme Edelhölz zum Abtransport nach Mexiko bereitliegen. Um zu verhindern, dass alles Holz ins Nachbarland abtransportiert wird, wurde eine guatemalteckische Firma damit beauftragt, liegengebliebene Stämme zu bergen, damit wenigstens diese auf dem lokalen Markt verkauft würden.

Seit einiger Zeit kursieren Gerüchte, dass eine rund 2000 Mann starke 'Geheimarmee' in den Regionen Petén, Sierra de las Minas und Izabal operiere und

den illegalen Holzschlag kontrolliere. Ihr werden auch verschiedene Entführungen von Gemeindeautoritäten und Personal des *Nationalen Rats der geschützten Gebiete* (CONAP) zugeschrieben.

Laut Gerardo Paiz, Sekretär des CONAP, ist es unmöglich, dieser bestens organisierten und schwer bewaffneten 'Geheimarmee' mit den zur Verfügung stehenden Polizeikräften gegenüberzutreten. Immer häufiger würden deshalb Stimmen laut, man müsse das Militär einsetzen, um den illegalen Holzschlag zu bekämpfen.

Bereits Mitte Juni haben sich die verschiedenen, zum Schutz des Urwalds arbeitenden, staatlichen Organisationen zusammengesetzt, um einen Sicherheitsrat zu bilden, der den illegalen Holzschlag und Handel bekämpfen soll. An-

wesend an diesem Treffen waren u.a. der CONAP, das *Friedenssekretariat* (SEPAZ) und das *Sekretariat für Umweltschutz*.

Haroldo Quej Chen, Verantwortlicher des *Sekretariats für Umweltschutz* ist der Meinung, dass sowohl Angehörige des Militärs wie auch des staatlichen *Instituts für Wald* (INAB) in den illegalen Holzhandel verwickelt sind. Konkret beschuldigte er zwei Mitarbeiter des INAB, sog. 'Lizenzen' für Holzschlag zu verkaufen.

Auch Carlos Conde von der Naturschutzorganisation *Madre Selva* teilt die Meinung Quej Chen's. Einerseits profitiere das Militär selber vom illegalen Holzschlag, zum andern befürchtet Conde eine erneute Militarisierung der Region.